

Waffenexport-Telegramm Nr. 16

Dezember 2012 – Jan van Aken

1. Rüstungsindustrie: 17.260 Beschäftigte in der Kriegswaffenproduktion
2. Gesellschaft für bedrohte Völker: Deutschland schürt Rüstungswettlauf in Nordafrika
3. Deutsches Institut für Menschenrechte fordert Reform der Rüstungsexportkontrolle
4. Russische Waffenexporte boomen
5. SPD fordert strengere Kennzeichnungspflicht für Kleinwaffen
6. Schweizer Handgranaten in Syrien – Illegaler Handelsweg geklärt

1. Rüstungsindustrie: 17.260 Beschäftigte in der Kriegswaffenproduktion. Im Auftrag des Bund deutscher Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) hat das Darmstädter Wirtschaftsforschungsinstitut WifOR GmbH eine [Studie über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) in Deutschland erstellt und im Dezember veröffentlicht. Aus dieser geht hervor, dass 17.260 Beschäftigte direkt in dem sogenannten Kernbereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (KSV) tätig sind. Als Kernbereich definiert wird die „Herstellung von Waffen, mobilen und stationären Waffensystemen und Munition“. Die Zahl der sogenannten „indirekten und induzierten“ Beschäftigten im KSV beläuft sich auf rund 38.000. 2010 betrug der Anteil der Exporte von Waffen an der Gesamtproduktion im KSV laut dieser Studie 54 Prozent.

2. Gesellschaft für bedrohte Völker: Deutschland schürt Rüstungswettlauf in Nordafrika. Die [Gesellschaft für Bedrohte Völker](#) wirft der deutschen Bundesregierung vor, den „Rüstungswettlauf in Nordafrika zu schüren“, indem sie sowohl Algerien als auch Marokko militärisch aufrüsten. Die GfvB verweist dabei u.a. auf die Lieferung von zwei Fregatten an Algerien und Meldungen marokkanischer Medien, wonach die dortige Regierung Interesse an einem deutschen U-Boot der Klasse 209/1100 von Thyssen Krupp Marine Systems bekundet habe. Für das Fregattengeschäft mit Algerien genehmigte die Bundesregierung bereits eine [Hermesbürgschaft](#) in Höhe von 2,13 Mrd. Euro.

3. Deutsches Institut für Menschenrechte fordert Reform der Rüstungsexportkontrolle. Im Rahmen der Debatte um deutsche Panzer nach Saudi-Arabien schlägt das Deutsche Institut für Menschenrechte sechs Eckpunkte für eine [Reform der Kontrolle von Rüstungsgütern](#) vor. Unter anderem sollen die Menschenrechte nicht als eines von vielen, sondern als entscheidendes Kriterium für den Export von Waffen gelten und dies gesetzlich festgeschrieben werden. Des Weiteren wird gefordert den Endverbleib vor Ort kontrollieren zu können. Das Institut wurde 2001 auf Empfehlung des Deutschen Bundestages gegründet.

4. Russische Waffenexporte boomen. Die [Stimme Russland](#) berichtet, dass Russland seine Waffenexporte 2012 auf über 14 Mrd. Dollar steigern konnte.

Ursprünglich sei der Verkauf von Waffen im Wert von 13,2 Mrd. Dollar geplant gewesen, aber zusätzliche Export- und Modernisierungsaufträge hätten dazu geführt, dass die Erwartungen mehr als erfüllt werden konnten. Vor allem der russische Schiffbau habe dazu beigetragen.

5. SPD fordert strengere Kennzeichnungspflicht für Kleinwaffen. Die SPD hat einen [Antrag zur „Markierung deutscher Klein- und Leichtwaffen“](#) in den Deutschen Bundestag eingebracht, in dem sie die Bundesregierung u.a. auffordert, ein Gesetz zur „unauslöschlichen Markierung“ deutscher Waffen und Munition vorzulegen. Die Initiative geht möglicherweise auf einen Beitrag des ARD-Magazins [„Kontraste“](#) vom 19.Juli zurück.

6. Schweizer Handgranaten in Syrien - Illegaler Handelsweg geklärt. Im Juli dieses Jahres tauchten im syrischen Bürgerkrieg Schweizer Handgranaten des Rüstungsunternehmens RUAG auf. Nachdem nachgewiesen werden konnte, dass diese aus einer Lieferung an die Vereinigten Arabischen Emirate stammten, richteten die Schweiz und die VAE eine Untersuchungskommission ein. Bereits Anfang November erhielt eine Abgeordnete des Schweizer Parlaments [Antwort auf ihre Fragen](#) zu den Ergebnissen der Kommission. Aus dieser geht hervor, dass die VAE „2004 einen Teil der in den Jahren 2003 und 2004 aus der Schweiz bezogenen Handgranaten als Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus und unter Missachtung der abgegebenen Nichtwiederausfuhr-Erklärung an Jordanien verschenkt (haben), von wo aus diese nach Syrien gelangten.“ Im Frühjahr bat eine andere Abgeordnete den Schweizer Bundesrat um Beurteilung der Schweizer Kriegswaffenexporte in die Golfstaaten im Wert von 290 Mio. Franken in 2011 vor dem Hintergrund, dass einige von ihnen planten syrische Kämpfer mit Waffen auszustatten. Die [Antwort des Bundesrates](#): „Soweit Kriegsmaterialausfuhren (in die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens) bewilligt worden sind, handelt es sich zum überwiegenden Teil um Waffensysteme, die (...) im Hinblick auf eine Bewaffnung syrischer Kämpfer kaum eine Rolle spielen dürften. Darüber hinaus erfolgten die Lieferungen gegen Vorlage einer Nichtwiederausfuhr-Erklärung.“